

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Ersatzwahl in den Kantonsrat

Der Regierungsrat hat Rita Flück Hänzi, Neuhausen am Rheinfall, CVP, als Mitglied des Kantonsrates für den Rest der Amtsperiode 2013-2016 ab 1. April 2016 als gewählt erklärt. Rita Flück Hänzi ersetzt den zurückgetretenen Kantonsrat Marco Rutz. Gestützt auf die Proporzwahlverordnung hat die Mehrheit der Unterzeichner der ursprünglichen CVP-Kantonsratswahlliste im Wahlkreis Neuhausen Rita Flück Hänzi zur Wahl vorgeschlagen. Der Regierungsrat hat entsprechend der Proporzwahlverordnung Rita Flück Hänzi ohne Wahlgang als gewählt erklärt.

Ja zu Teilrevision des Fernmeldegesetzes

Der Regierungsrat spricht sich grundsätzlich für die Teilrevision des Fernmeldegesetzes aus, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation festhält. Ziel der Gesetzesrevision ist die Anpassung an die technologische Entwicklung der letzten Jahre. Vorgesehen ist eine etappenweise Revision des Fernmeldegesetzes. Im ersten Schritt sollen insbesondere die Konsumentenangelegenheiten gestärkt werden. In einem nächsten Schritt werden dann die Netzzugangsregeln für die neuen Technologien wie Glasfasernetz behandelt, da die technologischen Entwicklungen noch zu sehr im Wandel sind.

Die Stellung der Konsumentinnen und Konsumenten soll mit Transparenzvorschriften, Preissenkungen bzw. Preisobergrenzen beim internationalen Roaming sowie Bündelprodukten (z.B. Internet und TV) gestärkt werden. Die Regierung spricht sich gegen eine etappenweise Gesetzesrevision aus. Die Zugangsbestimmungen für die neuen Netze sind jetzt zu regeln. Die Aussicht auf eine zukünftig technologieneutrale Ausgestaltung der Netzzugangsregeln führt zu Unsicherheiten bei den Netzbetreibern und Investoren, was zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit und somit zu einer Benachteiligung der Randregionen führen könnte. Ein leistungsfähiges und flächendeckendes Netz ist jedoch zentral für die Wirtschaft des Kantons Schaffhausen.

Regierung für Ratifizierung von zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Ratifizierung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (Vertrag von Peking und Vertrag von Marrakesch) sowie die Änderung des Urheberrechtsgesetzes, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Ziel ist die Modernisierung des Urheberrechts, um einen den neuen Technologien entsprechenden Urheberrechtsschutz zu gewährleisten. Neu werden unter anderem Massnahmen zur Bekämpfung der Online-Piraterie vorgesehen. Im Weiteren soll dem Urheber oder der Urheberin in Zukunft nicht nur beim Vermieten, sondern auch beim Verleihen eines Werkexemplars eine Vergütung geschuldet werden, da die wirtschaftlichen Bedingungen für Kunstschaffende zunehmend schwieriger werden. Der Vertrag von Peking beseitigt die Ungleichbehandlung von Musikern und Schauspielern auf internationaler Ebene, indem ihnen die ausschliesslichen Rechte an der Vervielfältigung, Verbreitung, Vermietung und Zu-

gänglichmachung gewährt werden. Der Vertrag von Marrakesch erleichtert den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Menschen.

Die Regierung spricht sich im Grundsatz für die Änderungen aus, lehnt jedoch eine Vergütung für das Verleihen von Werkexemplaren ab. Dies würde sowohl für die Bibliotheken in Schaffhausen als auch für die Gemeindebibliotheken eine erhebliche Belastung ihrer Budgets bedeuten. Zudem würden mit einer solchen Vergütung auch die einheimischen Kulturschaffenden nicht gefördert, da der überwiegende Teil der Werke in den Bibliotheken aus dem Ausland stammt.

Änderung der Militärverordnung

Der Regierungsrat hat auf den 1. Mai 2016 eine Totalrevision der Militärverordnung vorgenommen. Hintergrund ist die im Sommer 2014 erfolgte Integration des Amtes für Bevölkerungsschutz und Armee als Hauptabteilung in die Schaffhauser Polizei. Nach der Umstrukturierung der Hauptabteilung Bevölkerungsschutz und Armee in die Ressorts Militärverwaltung, Zivilschutzverwaltung und Zivilschutzorganisation sind die Aufgaben der kantonalen Militärbehörde dem Ressort Militärverwaltung zuzuteilen. Zudem erfolgt eine Bereinigung der Verordnung, indem diejenigen Bestimmungen aufgehoben werden, welche sich bereits aus dem Bundesrecht ergeben. Materiell ergeben sich keine Änderungen.

Reorganisation der Gewerbepolizei

Der Regierungsrat hat innerhalb des Departementes des Innern eine kleine Reorganisation vorgenommen. Die Gewerbepolizei wird neu beim Interkantonalen Labor angesiedelt. Bisher gehörte sie zum Departementssekretariat und war mit der Jagd- und Fischereiverwaltung verknüpft. Inhaltlich bestehen aber enge Verbindungen zur Lebensmittelkontrolle des Interkantonalen Labors. Die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerbepolizei und Lebensmittelkontrolle ist denn auch bereits im Gastgewerbegesetz festgeschrieben. Durch diese Reorganisation kann ein entsprechendes Synergiepotenzial genutzt werden. Die Regierung hat auf den 1. April 2016 eine entsprechende Teilrevision der Gastgewerbeverordnung beschlossen. Die Jagd- und Fischereiverwaltung verbleibt beim Departementssekretariat. Für diese wird neu ein Schaltdienst auf Voranmeldung eingerichtet.

Dienstjubiläum

Der Regierungsrat hat Heinz Schäfli, Leiter Didaktisches Zentrum Pädagogische Hochschule Schaffhausen, der am 20. April 2016 das 40-jährige Dienstjubiläum begehen kann, seinen Dank für dessen bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 22. März 2016
Nr. 13/2016

Staatskanzlei Schaffhausen